

# Innovationspolitik

## Weltspitze dank Forschung und Entwicklung

**Die Innovationskraft ist für die Schweiz als rohstoffarmes Land von grösster wirtschaftlicher Bedeutung und ein Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze. Um die Spitzenposition der Schweiz als Innovationsstandort zu sichern, will die FDP diese Errungenschaften verteidigen und gezielte Verbesserungen in der Innovationspolitik anbringen – aus Liebe zur Schweiz.**

### 1. Ausgangslage

Innovation ist ein Schlüsselfaktor der Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit zentral für Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz. Nur wer innovative Produkte auf den Markt bringt, kann im globalisierten Wettbewerb bestehen. Nur eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und erhält uns das heutige Wohlstandsniveau.

Um die führende Stellung als Wirtschaftsstandort zu erhalten, muss die Schweiz weiterhin zu den besten Forschungs- und Entwicklungsplätzen gehören und Wertschöpfung aus Know-how generieren. Die FDP will, dass unser Land auch in Zukunft einen Spitzenplatz in der Innovationskraft belegt.

Hierfür müssen *erstens* unsere guten Rahmenbedingungen erhalten und verbessert werden. Für die FDP ist zentral, dass die Forschungsfreiheit garantiert ist und der Staat keine Industriepolitik betreibt. Die Basis für die Innovationskraft liegt in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, in der sich Leistung lohnt und unternehmerisches Handeln nicht durch eine ausufernde staatliche Bürokratie behindert wird. Eine innovative Wirtschaft verfügt über durchlässige Systeme in der Gesellschaft, in der Bildung und im Arbeitsmarkt, die Talenten Aufstiegschancen bieten und einen Branchen- und berufsübergreifenden Austausch ermöglichen.

In einer solchen Wirtschaft hat etwa ein Professor der Chirurgie keine Hemmungen mit einem Mechaniker eine hochwertige Hüftgelenkprothese zu entwickeln, die dank ihrer Qualität weltweit führend ist. Freiheit, Durchlässigkeit und die Belohnung von Initiative sowie Risikobereitschaft sind die wichtigste Basis zur Entfaltung von Potential – so wird Innovation freigesetzt und Wohlstand gesichert. Damit eröffnen sich Chancen und Zukunftsperspektiven für Jugendliche.

*Zweitens* stellt die hohe Qualität der öffentlichen (ETH, UNI und Fachhochschulen) und privaten Forschungsinstitute einen wichtigen Pfeiler für die Innovationsförderung dar. Die ETHs, die Universitäten und die Fachhochschulen (FH) decken ein weites Spektrum von Grundlagenforschung bis angewandte Forschung und Entwicklung ab und sind allesamt Spitze im Schaffen von neuem Wissen. Zur Sicherstellung von Forschungsnachwuchs und Fachkräften muss das bewährte duale Bildungssystem aufrechterhalten werden.

*Drittens* ist eine enge Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft wichtig, um Forschungserkenntnisse in marktreife Produkte umzuwandeln. Dazu fordert die FDP die rasche Realisierung eines nationalen Innovationsparks, um den Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft zu verbessern und die Schweiz attraktiver für Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen internationaler Konzerne zu machen.

*Viertens* will die FDP mit steuerlichen Massnahmen und der Schaffung eines privaten Innovationsfonds die Innovation spezifisch fördern. Es ist hingegen nicht die Aufgabe des Staates, Industriepolitik zu betreiben und bestimmte Technologien direkt zu fördern – das ist Sache der Unternehmen respektive der Forschung. Die Schweiz soll ihren hohen Anteil von 70-75% an privatwirtschaftlich finanzierter Forschung und Entwicklung beibehalten. Das sichert eine Forschungsfinanzierung unabhängig von staatlichem Einfluss und allfälligen Budgetkürzungen.

## 2. Gute Rahmenbedingungen erhalten und verbessern

Der Staat soll keine Industriepolitik betreiben, sondern optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen bereitstellen. Dazu gehören: die Garantie der Forschungsfreiheit; ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem samt dualem Berufsweg mit hoher Qualität und Praxisorientierung; ein liberaler Arbeitsmarkt; attraktive und weltweit konkurrenzfähige Steuersätze; eine effiziente und unbürokratische Verwaltung; offene Märkte, welche den freien Handel mit möglichst vielen Staaten erlauben, für einen funktionierenden Wettbewerb sorgen und den freien Personenverkehr mit der EU ermöglichen; zeitgemässe Infrastruktur; der Schutz des geistigen Eigentums; eine effiziente Umweltpolitik, welche Ziele vorgibt, aber die Zielerreichung den Unternehmen überlässt; ausreichende und stabile Mittel für den BFI-Bereich (Bildung, Forschung und Innovation) sowie eine wettbewerbliche Vergabe von Forschungsgeldern.

Treiber der Innovationen in der Schweiz sind sowohl die Grossunternehmen als auch die KMU. Eine wirksame Innovationsförderung muss daher beim Erhalt und der Schaffung guter Rahmenbedingungen beginnen. Von einfachen Verfahren und dem Abbau bürokratischer Hürden profitieren alle Unternehmen und damit auch der Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz insgesamt.

Zusammengefasst: Die Schweiz und die Politik muss in all diesen Bereichen die Entwicklungen frühzeitig erkennen und die Weichen richtig stellen. Als kleines Land können wir nur gewinnen, wenn wir gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung haben und als Standort für Unternehmen in allen Bereichen *einfacher* sind.

**FDP. Die Liberalen fordert:**

- **Forderung 1: Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten und weiter verbessern.**

## 3. Förderung eines forschungsfreundlichen Umfelds

Am Anfang vieler Innovationen steht die Forschung. Für den Innovationsstandort Schweiz ist deshalb ein forschungsfreundliches Umfeld mit qualitativ hochstehenden Forschungsinstitutionen wichtig. Zentral dabei ist die Aufrechterhaltung der Forschungsfreiheit. Die Unabhängigkeit der Hochschulen muss nicht nur gegenüber privaten Geldgebern gelten, sondern auch gegenüber ihrem bedeutendsten Financier: dem Staat. Bund und Kantone sind für die nötige Mittelausstattung im BFI-Bereich besorgt und fördern in diesem Rahmen insbesondere die Grundlagenforschung.

Die öffentlichen (ETH, UNI und FH) und privaten Forschungsinstitute der Schweiz sollen dank herausragender Qualität in Forschung und Lehre auch in Zukunft zur Weltspitze gehören. Hierfür bildet die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien, wie beispielsweise der Nano- oder der Gentechnik, eine wichtige Bedingung. Politische Moratorien hingegen sind kontraproduktiv, weil sie die Forschung bremsen, Innovationen blockieren und Denkverbote erlassen.

Die schweizerische Beteiligung an den Europäischen Forschungsprogrammen soll fortgeführt und die Forschungszusammenarbeit mit dem Ausland erweitert werden, um den Zugang zu Spezialwissen sicherzustellen. Ausserdem sind Studentenaustausch- und Bildungsprogramme zur Förderung der Vernetzung des Forschungsnachwuchses fortzusetzen.

Ein forschungsfreundliches Umfeld ist eine der Grundbedingungen für einen hohen Innovationsoutput, der sich in Anmeldungen von Patenten oder der Publikation von Forschungsarbeiten niederschlägt. Gemäss dem «Global Innovation Index» 2012 ist die Schweiz der weltweit führende Innovationsstandort – und soll es auch in Zukunft bleiben. Um auch das Image des Forschungsstandortes Schweiz auf Spitzenniveau zu heben, müssen die Innovationsleistungen der Schweizer Forschung und Entwicklung weltweit besser kommuniziert werden. Wissenschaftliche Studien belegen, dass sich die wahrgenommene Innovationskraft eines Unternehmens positiv auf Image, Kundenzufriedenheit und Erfolg auswirkt. Als Vorreiter in Sachen Innovation gelten gemäss

der Studie «Swissness Worldwide»<sup>1</sup> Japan, Deutschland und die USA; Schweizer Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen sind im In- und Ausland hingegen für ihre gute Qualität bekannt, nicht aber für Erfindergeist. Das muss sich ändern.

**FDP.Die Liberalen fordert:**

- **Forderung 2: Forschungsfreundliche Rahmenbedingungen erhalten statt politische Moratorien einführen.**
- **Forderung 3: Forschungsfreiheit garantieren – die Politik mischt sich nicht in die inhaltliche Ausrichtung der Forschung ein.**
- **Forderung 4: Die Innovationsleistungen der Schweizer Forschung und Entwicklung müssen weltweit besser kommuniziert werden.**

#### **4. Vernetzung von Wirtschaft und Forschung**

Herausragende Forschungsinstitute und -resultate allein genügen nicht zur Schaffung von Innovationen: Wissen muss anschliessend in vermarktungsfähige Produkte übersetzt werden. Dabei fällt die Schweiz im internationalen Vergleich etwas zurück. Studierende sollen deshalb in ihrer Ausbildung auf den Wissenstransfer sensibilisiert und unternehmerisch geschult werden. Die Studienpläne der Hochschulen sind entsprechend anzupassen.

Zur Übertragung von Innovationen in marktreife Produkte ist es nicht immer die beste Lösung, neue Firmen in Form von Startups zu gründen. Oft ist es effizienter, Innovationen in bestehenden Firmen zu integrieren. Der Wissenstausch bei Innovationsprojekten zwischen öffentlichen Forschungsinstituten und Entwicklungszentren der Privatwirtschaft muss besser koordiniert und auf die KMU-Landschaft ausgerichtet werden. Über 95% der Schweizer Unternehmen beschäftigen weniger als 50 Mitarbeitende. Sie wollen aber – wie die grossen Firmen – auch am Fortschritt durch Wissen teilhaben. Oftmals besteht bei diesen KMU das Risiko, dass das Tagesgeschäft überwiegt und die systematische Weiterentwicklung der Produkte auf der Strecke bleibt. In der Regel besitzen sie auch keine eigenen Forschungsabteilungen.

Zur besseren Vernetzung von Wirtschaft und Forschung und zur Garantie des Praxisbezugs schaffen mehr privat finanzierte Lehrstühle Abhilfe. Dabei müssen die Transparenz solcher Investitionen und die Aufrechterhaltung der Forschungsfreiheit gewährt sein. Bei den Fachhochschulen sind praxisbezogene Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft mit einer international hochstehenden Grundausbildung zu kombinieren.

Optimierungsbedarf besteht in der Zusammenarbeit zwischen der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF): Diese muss besser abgestimmt werden, um Lücken zu schliessen, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Verknüpfung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung insgesamt zu verbessern.

Mithilfe eines nationalen Innovationsparks kann der Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft verbessert und die Standortattraktivität der Schweiz für Forschungs- und Entwicklungsabteilungen (F&E) internationaler Konzerne erhöht werden. Davon profitiert der Innovations- und Wirtschaftsstandort Schweiz als Ganzes. Derzeit werden für das Projekt des nationalen Innovationsparks Standorte evaluiert.

**FDP.Die Liberalen fordert:**

- **Forderung 5: In den Studienplänen der Hochschulen betriebswirtschaftliche Module einbauen und unternehmerisches Denken fördern.**
- **Forderung 6: Der Wissenstausch zwischen Forschungsinstituten und der Privatwirtschaft muss KMU-freundlicher ausgerichtet werden.**
- **Forderung 7: Die Hochschulen geben sich klare Rahmenbedingungen für mehr privat finanzierte Lehrstühle.**

---

<sup>1</sup> HSG & htp St.Gallen (2010).

- **Forderung 8: Die Zusammenarbeit zwischen KTI und SNF besser abstimmen**
- **Forderung 9: Innovationspark rasch und wirtschaftsnah verwirklichen.**

## 5. Anreize für Forschung und Entwicklung

Die FDP fordert zur spezifischen Steigerung der Innovationskraft der Unternehmen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung. Hier gibt es in der Schweiz Handlungsbedarf. Im Gegensatz zu vielen anderen entwickelten Ländern kennen wir zurzeit keine Steuererleichterungen in diesem Bereich. Dies ist vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs um die Forschungs- und Entwicklungs- Funktionen und Produktionsstandorte international mobiler Unternehmen bedenklich.

Die Vorteile von Steueranreizen liegen auf der Hand: Die marktnahe Forschung – insbesondere auch bei KMU – wird gefördert und alle forschungstechnischen Aktivitäten bei den Unternehmen kommen in den Genuss von finanziellen Anreizen.

Es bietet sich an, die Erträge aus Forschung und Entwicklung privilegiert zu besteuern. Diese Massnahme ist derzeit im Rahmen der Diskussion um die Unternehmenssteuerreform III als IP-Box oder Innovationsbox in aller Munde. Eine solche Boxenlösung – welche auch in einigen europäischen Nachbarländern praktiziert wird – stellt eine Ersatzlösung für die stark unter Druck gekommenen kantonalen Unternehmenssteuer-Privilegien dar.

Als weitere Massnahme im Steuerbereich fordert die FDP die Abschaffung der Stempelsteuer bei der Kapitalbeschaffung, um so den Mittelentzug bei Jungunternehmen in jenem Zeitpunkt zu stoppen, wo sie die liquiden Mittel am nötigsten haben.

Ein Forschungs-Bereich, der in den letzten Jahren stark gelitten hat, ist die klinische Forschung: Die Anzahl der an Schweizer Kliniken durchgeführten Versuche hat in den letzten 10 Jahren um 40% abgenommen. Die Rahmenbedingungen für klinische Forschung müssen entsprechend verbessert werden, damit Patienten in der Schweiz bereits in der Versuchsphase von den Entwicklungen der weltweiten Forschung profitieren können. Dazu braucht es nebst einer verstärkten Investition in die Ausbildung der klinischen Forscher auch Forschungsanreize wie in der EU oder den USA, welche die Entwicklung von Medikamenten für Kinder oder seltene Krankheiten erleichtern.

**FDP.Die Liberalen fordert:**

- **Forderung 10: Privilegierte Besteuerung der Erträge aus Forschung und Entwicklung über Innovationsboxen.**
- **Forderung 11: Stempelsteuer bei der Kapitalbeschaffung abschaffen.**
- **Forderung 12: Die Schweiz als Standort für klinische Forschung stärken.**

## 6. Jungunternehmer-Fonds und Förderung der Vernetzung von Startups

Die etablierten Unternehmen haben in der Schweiz die grösste Bedeutung für die Vermarktung und die Entwicklung von Innovationen. Doch auch die Startups leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, der gefördert werden soll. Bei den Jungunternehmen geht es darum, die im Vergleich zum Ausland unterdurchschnittliche Verfügbarkeit von Kapital zu verbessern. Insbesondere in der frühen Phase von Jungunternehmen (early stage) haben die Firmen Mühe, ihren Geldbedarf von durchschnittlich zwei bis fünf Millionen Franken zu decken. In der Schweiz existieren nur noch rund ein Dutzend auf Wagniskapital spezialisierte Finanzintermediäre. Die Jungunternehmer verlieren deshalb viel Zeit bei der Geldsuche, wodurch sich die Marktposition für ihre Produkte verschlechtert. Die FDP schlägt die Schaffung eines aus privaten Geldern gespiesenen Innovationsfonds vor. Damit kann die Vernetzung mit Geldgebern (Business Angels) und Venture Capital sowie die Abstimmung (Matching) von Projekten und Kapital erreicht werden.

**FDP.Die Liberalen fordert:**

- **Forderung 13: Einen durch private Geldgeber gespiesenen Innovationsfonds schaffen.**